

Insolvenzen Neugründungen Löschungen

■ I. Halbjahr 2005

Eine Untersuchung zur
Unternehmensentwicklung
der Creditreform Wirtschafts-
und Konjunkturforschung


Creditreform

INHALT

SEITE

1	Insolvenzen	1
1.1	Die Insolvenzzahlen in Deutschland im ersten Halbjahr 2005	1
1.2	Das Verbraucherinsolvenzverfahren und die private Überschuldung	4
1.3	Verluste und Schäden durch Insolvenzen	5
1.4	Insolvenzen und Arbeitsplatzverluste	9
1.5	Insolvenzen im finanziellen und konjunkturellen Umfeld	10
1.6	Die Baustelle Insolvenzordnung	17
1.7	Große Firmeninsolvenzen	19
2	Neueintragungen und Löschungen von Unternehmen	22
2.1	Gründungsbilanz	22
2.2	Exkurs: Limited und GmbH-Novelle	27
2.3	Parameter des Gründungsgeschehens	29
3	Zusammenfassung	35

■ **1 Insolvenzen**
1.1 Die Insolvenzzahlen in Deutschland
im ersten Halbjahr 2005

Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen ist – wie auch schon im ersten Halbjahr 2004 – rückläufig: 18.700 Unternehmen melden im ersten Halbjahr 2005 ihre Insolvenz bei den Gerichten in Deutschland – ein Rückgang um 6,2 Prozent (Vorjahr: 19.930).

Die Insolvenzen von Privatpersonen steigen dagegen ungebrochen an: Im ersten Halbjahr 2005 waren 29.200 Verbraucherinsolvenzen zu zählen, 33,5 Prozent mehr als in den ersten sechs Monaten des Jahres 2004. Damals lag die Zahl der Verbraucherinsolvenzen bei 21.870.

**6,2 Prozent weniger
Unternehmensinsolvenzen**

Die „sonstigen Insolvenzen“ verzeichnen eine parallele Entwicklung zu den Unternehmensinsolvenzen und damit einen Rückgang um 2,3 Prozent auf 14.700 Fälle (1. Halbjahr 2004: 15.050). Sie setzen sich zusammen aus den überschuldeten Nachlässen sowie den Konkursen der ehemals Selbstständigen, deren Unternehmen in der Regel bereits Insolvenz angemeldet hat und die jetzt ihre private Entschuldung mittels Restschuldbefreiung anstreben.

Tab. 1: Insolvenzverfahren in Deutschland

■	Gesamtinsolvenzen		Unternehmensinsolvenzen		Verbraucherinsolvenzen **)		sonstige Insolvenzen **)	
1999	33.870	- 0,3%	26.620	- 4,3%	2.450	-	4.800	-
2000	41.780	+ 23,4%	27.930	+ 4,9%	10.360	+ 322,9%	3.490	- 27,3%
2001	49.510	+ 18,5%	32.390	+ 16,0%	13.490	+ 30,2%	3.630	+ 4,0%
2002	84.330	+ 70,3%	37.620	+ 16,1%	21.520	+ 59,2%	25.190	+ 593,9%
2003	100.350	+ 19,0%	39.470	+ 4,9%	33.510	+ 55,7%	27.370	+ 8,7%
2004 Hj.	56.850	+ 15,7%	19.930	+ 1,5%	21.870	+ 40,4%	15.050	+ 8,2%
2004	118.260	+ 17,8%	39.270	- 0,5%	49.100	+ 46,5%	29.890	+ 9,2%
2005 Hj. *)	62.600	+ 10,1%	18.700	- 6,2%	29.200	+ 33,5%	14.700	- 2,3%

*) von Creditreform geschätzt

***) Privatinsolvenzen werden erst seit Einführung der neuen Insolvenzordnung (1999) ausgewiesen

Die Zahl der Gesamtinsolvenzen in Deutschland steigt im ersten Halbjahr 2005 um 10,1 Prozent auf 62.600 betroffene Unternehmen und Privatpersonen (Vorjahr: 56.850).

Zum ersten Mal seit fünf Jahren sind im ersten Halbjahr 2005 die Unternehmensinsolvenzen in Westdeutschland rückläufig: Um sechs Prozent auf 14.300 betroffene Firmen (Vorjahr: 15.220) reduziert sich die Zahl der Firmenpleiten. Eine rückläufige Unternehmensinsolvenzentwicklung gab es zuletzt im Jahr 2000, als 18.120 Betriebe in die Insolvenz gingen. Die Verbraucherinsolvenzen dagegen steigen um fast 30 Prozent (29,6 Prozent) auf 23.000 Fälle an (Vorjahr: 17.750). Auch die Zahl der sonstigen Insolvenzen nimmt zu, und zwar um 1,3 Prozent auf 10.600 insolvente, ehemals selbstständig Tätige und überschuldete Nachlässe (1. Halbjahr 2004: 10.460). Insgesamt sind für Westdeutschland 47.900 Insolvenzen zu zählen – 10,3 Prozent mehr als noch vor einem Jahr (43.430 Fälle).

Tab. 2: Insolvenzverfahren in Westdeutschland

■	Gesamtinsolvenzen		Unternehmensinsolvenzen		Verbraucherinsolvenzen **)		sonstige Insolvenzen **)	
1999	25.110	- 0,2%	19.050	- 4,2%	2.030	-	4.030	-
2000	29.590	+ 17,8%	18.120	- 4,9%	8.990	+ 342,9%	2.480	- 38,5%
2001	36.010	+ 21,7%	21.750	+ 20,0%	11.150	+ 24,0%	3.110	+ 25,4%
2002	62.940	+ 74,8%	26.550	+ 22,1%	18.240	+ 63,6%	18.150	+ 483,6%
2003	76.520	+ 21,6%	29.650	+ 11,7%	27.740	+ 52,1%	19.130	+ 5,4%
2004 Hj.	43.430	+ 16,3%	15.220	+ 3,7%	17.750	+ 36,6%	10.460	+ 7,9%
2004	90.680	+ 18,5%	30.080	+ 1,5%	41.820	+ 50,8%	18.780	- 1,8%
2005 Hj. *)	47.900	+ 10,3%	14.300	- 6,0%	23.000	+ 29,6%	10.600	+ 1,3%

*) von Creditreform geschätzt

***) Privatin Insolvenzen werden erst seit Einführung der neuen Insolvenzordnung (1999) ausgewiesen

In Ostdeutschland sind die Unternehmensinsolvenzen bereits seit 2003 rückläufig. Diese Entwicklung setzt sich auch im ersten Halbjahr 2005 fort: 4.400 Betriebe mussten in den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres den Gang zum Insolvenzgericht antreten – 6,6 Prozent oder 310 Unternehmen weniger als im ersten Halbjahr 2004.

Die Tendenz im Privatpersonenbereich sieht schlechter aus: Die Zahl der Verbraucherinsolvenzen steigt im ersten Halbjahr um 50,5 Prozent auf 6.200 Betroffene an – im ersten Halbjahr 2004 waren es noch 4.120 Verbraucher, die mit dem Instrument der Restschuldbefreiung einen Neuanfang starten wollten.

Hinzu kommen noch einmal 4.100 ehemals selbstständig Tätige und überschuldete Nachlässe (minus 10,7 Prozent), so dass die Zahl der Gesamtinsolvenzen in Ostdeutschland auf 14.700 Verfahren im ersten Halbjahr 2005 steigt (Anstieg um 9,5 Prozent: 13.420 Fälle).

Tab. 3: Insolvenzverfahren in Ostdeutschland

■	Gesamtinsolvenzen		Unternehmensinsolvenzen		Verbraucherinsolvenzen **)		sonstige Insolvenzen **)	
1999	8.760	- 0,6%	7.570	- 4,7%	420	-	770	-
2000	12.190	+ 39,2%	9.810	+ 29,6%	1.370	+ 226,2%	1.010	+ 31,2%
2001	13.500	+ 10,7%	10.640	+ 8,5%	2.340	+ 70,8%	520	- 48,5%
2002	21.390	+ 58,4%	11.070	+ 4,0%	3.280	+ 40,2%	7.040	+ 1253,8%
2003	23.830	+ 11,4%	9.820	- 11,3%	5.770	+ 75,9%	8.240	+ 17,0%
2004 Hj.	13.420	+ 13,9%	4.710	- 5,2%	4.120	+ 59,1%	4.590	+ 8,8%
2004	27.580	+ 15,7%	9.190	- 6,4%	7.280	+ 26,2%	11.110	+ 34,8%
2005 Hj. *)	14.700	+ 9,5%	4.400	- 6,6%	6.200	+ 50,5%	4.100	- 10,7%

*) von Creditreform geschätzt

***) Privatinsolvenzen werden erst seit Einführung der neuen Insolvenzordnung (1999) ausgewiesen

Die Creditreform Wirtschafts- und Konjunkturforschung rechnet für das Gesamtjahr 2005 mit etwa 38.000 Unternehmensinsolvenzen, 92.000 Insolvenzen von Privatpersonen und einem Gesamtinsolvenzaufkommen von 130.000 Fällen.

**2005: 38.000
Unternehmensinsolvenzen**

Das bevölkerungsreichste Bundesland Nordrhein-Westfalen verzeichnet ebenfalls einen Rückgang der Unternehmensinsolvenzen, und zwar mit 11,2 Prozent einen deutlich höheren als im gesamtdeutschen Schnitt: Mussten im ersten Halbjahr 2004 noch 6.170 Betriebe Konkurs anmelden, sind es aktuell nur 5.480. Dagegen steigen auch hier die Insolvenzen von Privatpersonen deutlich an: Im ersten Halbjahr 2005 beantragten 8.310 Verbraucher und ehemals Selbststän-

dige die Eröffnung ihres Insolvenzverfahrens bei Gericht, im ersten Halbjahr 2004 waren es noch 6.990.

1.2 Das Verbraucherinsolvenzverfahren und die private Überschuldung

Die Zahl der Verbraucherinsolvenzen verzeichnet seit In-Kraft-Treten der Insolvenzordnung und insbesondere seit Einführung der Stundungslösung bei Mittellosigkeit Zuwachsraten im zweistelligen Bereich. Ein Ende ist nicht abzusehen – im Gegenteil: Die jüngste Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes, nach der es zu den Pflichten eines Unterhaltsschuldners gehört, zur Sicherung seiner minderjährigen Kinder ein Verfahren der Privatinsolvenz einzuleiten, lässt eine weitere starke Zunahme der Verbraucherinsolvenzen befürchten.

Verbraucherinsolvenzen werden weiter steigen

Dass es sich aber selbst bei diesen über 40.000 Privatpersoneninsolvenzen im ersten Halbjahr 2005 nur um die Spitze des Eisbergs handelt, mögen folgende Zahlen verdeutlichen: Drei Millionen Haushalte in Deutschland gelten als überschuldet, hinzu kommen monatlich etwa 140.000 Eintragungen in die Schuldnerregister. Der Markt für unbesicherte Problemforderungen, also Konsumentenkredite, die nicht oder nicht mehr vollständig bedient werden, wird für Deutschland auf 30 Milliarden Euro geschätzt.

Die Aufnahme von Krediten zur Anschaffung von Gebrauchsgütern ist marktwirtschaftlich gewollt und sinnvoll – woran aber liegt es, dass sich so viele Bürger übernehmen?

Typische Auslöser für den Wechsel von der Ver- in die Überschuldung sind Arbeitslosigkeit und Trennung bzw. Scheidung vom Lebenspartner. Ursächlich sind jedoch – wie ein Gutachten, das im Auftrag des Verbraucherministeriums erstellt wurde, darlegt – vor allem zwei gesellschaftliche Entwicklungen: Zum einen haben Kreditinstitute die Konsumenten als Zielgruppe wiederentdeckt und betreiben massiv Werbung in diesem Segment. Allein in den ersten drei Quartalen 2004 hat die Branche Finanzdienstleistungen ihre Brutto-

werbeaufwendungen in den klassischen Medien um 76,6 Prozent auf 403 Millionen Euro erhöht. Suggestiert wird einhellig, die Aufnahme von Krediten sei „easy, unkompliziert und einfach, bequem, flexibel und diskret“. Auf der anderen Seite lässt die finanzielle Allgemeinbildung weitere Teile der Bevölkerung zu wünschen übrig. Nach einer von der Commerzbank durchgeführten Studie aus dem Jahr 2003 war nur jeder fünfte Befragte in der Lage, sich angemessen um seine eigene Finanzplanung zu kümmern. Und Eurobarometer fand in einer europaweit angelegten Befragung heraus, dass jeder Zweite glaubt, „dass man nie vorher weiß, wie viel ein Kredit kosten wird.“

1.3 Verluste und Schäden durch Insolvenzen

Die Höhe des Schadens, der durch eine Insolvenz verursacht wird, hängt maßgeblich davon ab, ob es sich um eine Verbraucher- oder Unternehmensinsolvenz handelt. Im Durchschnitt bleiben bei einem Verbraucherverfahren 75.000 Euro offene Forderungen bestehen, wobei sich bei über zwei Drittel der Verfahren die Forderungen auf weniger als 50.000 Euro belaufen. Im Unternehmensbereich sind die Schäden ungleich höher.

Im ersten Halbjahr 2005 belaufen sich die Insolvenzscha­den für Gesamtdeutschland auf 18,8 Milliarden Euro – 3,9 Milliarden Euro weniger als im ersten Halbjahr 2004. Der Rückgang resultiert zum einen aus der rückläufigen Entwicklung der Unternehmensinsolvenzen. Zum anderen reduzierte sich auch die Zahl der Zusammenbrüche größerer Unternehmen, wie die Tabellen 11 (Insolvenzen nach Umsatzgrößenklassen) und 13 (Insolvenzen nach Beschäftigtengrößenklassen) sowie die Aufstellung der größten Unternehmensinsolvenzen belegen. Im ersten Halbjahr 2004 konnten noch mehr als zehn Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten ausgemacht werden, die Insolvenz anmeldeten – aktuell sind es nur noch fünf.

**Deutlich weniger Schäden
als vor einem Jahr**

Tab. 4: Insolvenzschiiden in Deutschland in Mrd. Euro

■	private Schäden	Öffentliche Hand	Gesamt
1999	17,9	9,7	27,6
2000	17,9	9,2	27,1
2001	22,0	10,3	32,3
2002	26,6	11,8	38,4
2003	27,9	12,6	40,5
2004 Hj.	14,7	8,0	22,7
2004	27,5	11,9	39,4
2005 Hj. *)	12,5	6,3	18,8

*) von Creditreform geschätzt

Private Gläubiger trifft eine Insolvenz im Regelfall härter als die Öffentliche Hand: Forderungsausfälle in Höhe von 12,5 Milliarden Euro hat die Privatwirtschaft im ersten Halbjahr 2005 erlitten, ein Rückgang um 2,3 Milliarden Euro im Jahresverlauf. Städte, Gemeinden und Kommunen sowie die Finanz-, Sozial- und Arbeitsagenturen registrierten insgesamt 6,3 Milliarden Euro offener Forderungen (1. Halbjahr 2004: 8,0 Milliarden Euro).

Tab. 5: Private Insolvenzverluste in Deutschland

■	Forderungsverluste in Mrd. Euro	je Insolvenzfall in Euro
1999	17,9	672.000
2000	17,9	641.000
2001	22,0	679.000
2002	26,6	707.000
2003	27,9	707.000
2004 Hj.	14,7	738.000
2004	27,5	700.000
2005 Hj. *)	12,5	668.000

*) von Creditreform geschätzt

Bezieht man die Forderungsverluste auf die Zahl der Unternehmensinsolvenzen, erhält man die durchschnittliche Schadenssumme, die eine Unternehmensinsolvenz verursacht. Im ersten halben Jahr 2005 waren dies durchschnittlich 668.000 Euro und damit deutlich weniger als noch vor einem Jahr (738.000 Euro).

Der Pensionssicherungsverein (PSV) ist gesetzlich bestimmter Träger der Insolvenzversicherung der betrieblichen Altersversorgung. Die Gesellschaft musste im Jahr 2004 bei 559 Insolvenzen eintreten – 2003 waren es noch 683. Das Schadenvolumen betrug 760 Millionen Euro gegenüber 877 Millionen Euro in 2003 und liegt damit um 117 Millionen Euro niedriger als im Jahr zuvor. Trotz dieses Rückgangs ist das Schadenvolumen das dritthöchste seit Bestehen des PSV. Nur 2002 und 2003 lag es noch höher. Für das laufende Jahr rechnet der PSV wieder mit einem verhältnismäßig hohen Schadenaufkommen.

Die Bürde des PSV

Tab. 6: Unternehmensinsolvenzen in Westdeutschland

■	Insolvenzverfahren	mangels Masse abgelehnt	
		absolut	in Prozent
1999	19.050	12.700	66,7
2000	18.120	10.102	55,8
2001	21.750	11.953	55,0
2002	26.550	10.930	41,2
2003	29.650	11.830	39,9
2004 Hj.	15.220	5.940	39,0
2004	30.080	11.400	37,9
2005 Hj. *)	14.300	5.380	37,6

*) von Creditreform geschätzt

Im Jahre 1998 – also noch vor In-Kraft-Treten der Insolvenzordnung – wurden über 70 Prozent aller Unternehmensinsolvenzverfahren mangels Masse gar nicht erst eröffnet. Inzwischen sind die Eröffnungsquoten deutlich gestiegen und liegen in Westdeutschland bei 62,4 und in Ostdeutschland bei 59,1 Prozent.

Tab. 7: Unternehmensinsolvenzen in Ostdeutschland

■	Insolvenzverfahren	mangels Masse abgelehnt	
		absolut	in Prozent
1999	7.570	6.103	80,6
2000	9.810	6.400	65,2
2001	10.640	5.810	54,6
2002	11.070	6.280	56,7
2003	9.820	4.700	47,9
2004 Hj.	4.710	2.190	46,5
2004	9.190	4.060	44,2
2005 Hj. *)	4.400	1.800	40,9

*) von Creditreform geschätzt

Eröffnungsquote trägt

Der deutliche Rückgang der mangels Masse abgewiesenen Verfahren ist positiv zu bewerten, dennoch bleibt eine Einschränkung: Zu den Unternehmensinsolvenzen zählen auch die freien Berufe, Einzelunternehmen und Kleingewerbetreibende. Diese im Insolvenzverfahren als natürliche Personen geltende Unternehmensgruppe kann bei Vorliegen der Voraussetzungen die Stundung der Verfahrenskosten beantragen. Dann wird das Verfahren in jedem Fall eröffnet, auch wenn keine zu verteilenden Werte für die Gläubiger vorhanden sind.

Im Kapitalgesellschaftsbereich sind die Verantwortlichen gesetzlich verpflichtet, nicht erst bei Zahlungsunfähigkeit, sondern bereits bei Überschuldung der Gesellschaft (§ 19 InsO) einen Insolvenzantrag zu stellen. Eine Abweisung mangels Masse dürfte es also zum Beispiel bei den GmbHs gar nicht geben, da die Verantwortlichen anderenfalls den Straftatbestand der Insolvenzverschleppung erfüllen würden. Nach Angaben des Bundeskriminalamtes wurden 2004 lediglich 8.053 Fälle von Insolvenzverschleppung erfasst, was an der schwierigen Beweisbarkeit der Tatbestandsmerkmale liegen dürfte. Die Aufklärungsquote im Bereich der Insolvenzstraftaten ist indes sehr hoch – sie liegt bei über 90 Prozent.

1.4 Insolvenzen und Arbeitsplatzverluste

Die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland stieg im Mai 2005 – saisonal üblich – um 0,4 Prozent oder 138.000 Personen gegenüber dem Vorjahresmonat an. Demgegenüber stehen nach wie vor 4,8 Millionen Erwerbslose.

Die Zahl der durch die Insolvenz ihres Arbeitgebers betroffenen Arbeitnehmer ist mit minus 16,5 Prozent im Vergleich zum ersten Halbjahr 2004 deutlich rückläufig. 269.000 Arbeitsplätze sind im ersten Halbjahr 2005 von Insolvenzen bedroht. Bedroht deshalb, weil die ermittelte Zahl nur als grobe Richtschnur zur Bestimmung der Arbeitsplatzverluste dienen kann. Zum einen bedeutet nicht jede Insolvenz automatisch den Abbau sämtlicher Arbeitsplätze eines Betriebes – vielfach werden Unternehmensteile verkauft oder saniert und so Arbeitsplätze noch gesichert. Zum anderen gilt es zu bedenken, dass Arbeitsplätze häufig schon im Vorfeld einer Insolvenz abgebaut wurden, um eben diese zu vermeiden. Schließlich verlassen oft gerade Leistungsträger ein Unternehmen, sobald es in Schieflage gerät, um die eigene Karriere nicht zu gefährden.

Weniger drohende Arbeitsplatzverluste durch Insolvenzen

Tab. 8: Gesamtarbeitsplatzverluste insolventer Unternehmen in Deutschland

■	Anzahl der Personen	Veränderung in Prozent
1999	471.000	- 6,0
2000	448.000	- 4,9
2001	503.000	+ 12,3
2002	590.000	+ 17,3
2003	613.000	+ 3,9
2004 Hj.	322.000	- 2,4
2004	605.000	- 1,3
2005 Hj. *)	269.000	- 16,5

*) von Creditreform geschätzt

Zur weiteren Bestimmung der tendenziellen Entwicklung insolvenzbedingter Arbeitsplatzverluste können die folgenden Zahlen dienen: Bei der Bundesagentur für Arbeit wird jeder Antrag auf Insolvenzgeld gezählt.

Insolvenzgeld wird beantragt, wenn der Arbeitgeber einen Insolvenzantrag bei Gericht eingereicht hat und den Lohn oder das Gehalt nicht mehr auszahlen kann. In den ersten beiden Monaten 2005 wurden insgesamt 79.030 Anträge gestellt. Im gleichen Zeitraum des letzten Jahres waren es 92.247, was einem Rückgang von 14,3 Prozent entspricht.

Das Statistische Bundesamt erfasst die Zahl der Mitarbeiter eines Unternehmens, die zum Zeitpunkt der Insolvenzantragstellung dort beschäftigt sind. Im ersten Quartal 2005 waren das 40.554 Personen – 12,6 Prozent oder 5.850 Betroffene weniger als im Vorjahreszeitraum (46.404). Allerdings gibt das Bundesamt an, von etwa 15 Prozent der Gerichte keine Aussagen zu den Beschäftigten zu erhalten.

1.5 Insolvenzen im finanziellen und konjunkturellen Umfeld

Was sich im vergangenen Jahr bereits andeutete, wird nun Gewissheit: Die Unternehmensinsolvenzen haben ihren Zenit wohl überschritten und entwickeln sich in diesem Jahr rückläufig. Man könnte diese Entwicklung auf das in Deutschland – unerwartet – gestiegene Wirtschaftswachstum im ersten Quartal 2005 zurückführen und als Zeichen einer Erholung der Konjunktur werten. Dagegen sprechen allerdings zwei Gründe: Zum Ersten folgt die Insolvenzentwicklung der konjunkturellen Entwicklung mit einer zeitlichen Zäsur, sie ist also kein Indikator. Zum Zweiten war das starke Wachstum nach einhelliger Meinung der Volkswirte nur ein Ausreißer und zudem ausschließlich vom Export getragen. „Eine Trendumkehr der Stagnation in Deutschland ist weiter nicht auszumachen“, urteilte der Chefvolkswirt von Barclays Capital, Thorsten Polleit.

Ein Grund könnten jedoch die neuen Kreditvergaberichtlinien nach Basel II sein. Danach müssen Banken die von ihnen ausgegebenen Kredite risikoabhängig mit Eigenkapital unterlegen, was zur Folge hat, dass Kredite insbesondere für kleine, bonitätsschwache Unternehmen teurer, mitunter unerschwinglich werden. Ohne Finanzmittel sind die Unternehmen dann ge-

Insolvenzen kein Frühindikator

zwungen, die Segel zu streichen, können aber ihre offenen Forderungen noch begleichen, so dass es zu einer Liquidation und Löschung in den Registern, nicht aber zur Stellung eines Insolvenzantrages kommt. Dafür spricht auch die erhöhte Zahl der Handelsregisterlösungen von 7,9 Prozent im Vergleich zum ersten Halbjahr 2004 (Näheres dazu im Kapitel 2).

Zwar sind die Kreditvergaberichtlinien nach Basel II noch nicht in Kraft, aber im Vorgriff auf die ab Anfang 2007 geltenden Bestimmungen stellen aber viele Banken ihr Kreditvergabesystem bereits heute um.

Tab. 9: Insolvenzen in den Hauptwirtschaftsbereichen im 1. Halbjahr 2005 *)

■	absolut	%-Anteil am gesamten Insolvenzaufkommen	%-Veränderung gegenüber dem Vorjahr
Verarb. Gew.			
West	1.110 (1.310)	7,8	- 15,3
Ost	350 (400)	8,0	- 12,5
Deutschland	1.460 (1.710)	7,8	- 14,6
Bau			
West	2.620 (2.760)	18,3	- 5,1
Ost	1.210 (1.330)	27,5	- 9,0
Deutschland	3.830 (4.090)	20,5	- 6,4
Handel			
West	3.610 (3.700)	25,2	- 2,4
Ost	1.020 (1.090)	23,2	- 6,4
Deutschland	4.630 (4.790)	24,8	- 3,3
Dienstleist.			
West	6.960 (7.450)	48,7	- 6,6
Ost	1.820 (1.890)	41,4	- 3,7
Deutschland	8.780 (9.340)	47,0	- 6,0
Gesamt			
West	14.300 (15.220)	100,0	- 6,0
Ost	4.400 (4.710)	100,1	- 6,6
Deutschland	18.700 (19.930)	100,1	- 6,2

*) von Creditreform geschätzt

() = Vorjahresangaben

Die Lokomotive der deutschen (Export-)Konjunktur – das Verarbeitende Gewerbe – verzeichnete bereits im ersten Halbjahr 2004 deutliche Rückgänge bei den Insolvenzen (minus 12,7 Prozent). Dieser Trend setzt sich im laufenden Jahr fort: 14,6 Prozent oder 250 Betriebe weniger als noch vor einem Jahr mussten beim zuständigen Insolvenzgericht ihren wirtschaftlichen Zusammenbruch melden.

Starker Rückgang im Verarbeitenden Gewerbe

Bau bleibt Sorgenkind

Auch das Baugewerbe verzeichnet einen Rückgang der Insolvenzen: Um 6,4 Prozent auf 3.830 betroffene Betriebe sank die Zahl der Konkurse im ersten Halbjahr 2005. Dass die Bauindustrie dennoch nicht aus der Krise kommt, zeigen die folgenden Fakten: Noch immer ist die relative Insolvenzbetroffenheit, also die Zahl der Insolvenzen auf die Zahl der existenten Unternehmen bezogen, so hoch wie in keiner anderen Branche: Mit 240 Pleiten pro 10.000 Unternehmen sind knapp doppelt so viele Firmen von der Insolvenz betroffen, wie im Durchschnitt aller Branchen (128 Insolvenzen pro 10.000 existente Betriebe). Im Februar dieses Jahres verzeichneten die Betriebe der Baubranche knapp ein Viertel (23,4 Prozent) weniger Aufträge als im Vorjahresmonat. Die Einnahmen sanken um 18,7 Prozent und auch der Jobabbau setzte sich fort: 51.000 oder 7,1 Prozent weniger Beschäftigte gab es im Baugewerbe – insgesamt arbeiten 660.000 Menschen am Bau – halb so viele wie noch vor zehn Jahren.

Die Insolvenzen im Handel gingen unterdurchschnittlich um nur 3,3 Prozent auf 4.630 betroffene Unternehmen zurück. Insbesondere der Einzelhandel leidet unter der anhaltenden Konsumflaute. Im April 2005 setzte der Einzelhandel real drei Prozent weniger um als im April 2004. „In den letzten drei Jahren hat der Einzelhandel im engeren Sinne insgesamt über 13 Milliarden Euro Umsatz verloren“, konstatiert Rolf Pagels, kommissarischer Hauptgeschäftsführer des Handelsverbands BGA.

Der Dienstleistungssektor trägt traditionell den größten Anteil am Insolvenzgeschehen. Fast die Hälfte aller Pleiten (47,0 Prozent) kommt aus diesem Hauptwirtschaftsbereich. Die relative Insolvenzbetroffenheit ist dennoch gering: Von 10.000 existierenden Unternehmen gehen nur 115 in Konkurs. Binnen Jahresfrist reduzierten sich die Insolvenzen der Dienstleistungsbranche um 6,0 Prozent auf 8.780 betroffene Betriebe.

**Tab. 10: Risikobehaftete Branchen in Deutschland
im 1. Halbjahr 2005**

■	Insolvenzen je 10.000 Unternehmen
Verarbeitendes Gewerbe	79
<u>hierunter:</u>	
Stahl- und Leichtmetallbau	415
Herstellung von gewebter Oberbekleidung für Damen und Mädchen	305
Erzeugung von Roheisen, Stahl- und Ferrolegerungen	290
Baugewerbe	240
<u>hierunter:</u>	
Abbruch-, Spreng- und Entrümmungsgewerbe	759
Herstellung von Fertigteilbauten aus Beton im Hochbau aus fremdbezogenen Bausätzen	693
Estrichlegerei	513
Handel	131
<u>hierunter:</u>	
Großhandel mit Textilien	554
sonstiger Einzelhandel mit Waren verschiedener Art, Hauptrichtung Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren	447
Einzelhandel mit Obst, Gemüse und Kartoffeln	434
Dienstleistungen	115
<u>hierunter:</u>	
Bars und Vergnügungslokale	552
Abfüll- und Verpackungsgewerbe	523
erlaubnisfreier und freigestellter Straßengüterverkehr	511
Gesamt	128
<u>hierunter:</u>	
Westdeutschland	118
Ostdeutschland	172

Quelle: Creditreform-Datenbank und Umsatzsteuerstatistik

Die ostdeutsche relative Insolvenz betroffenheit liegt mit 172 Insolvenzen immer noch deutlich über der Westdeutschen mit 118. Im ersten Halbjahr 2004 lag die Risikoquote für die alten Bundesländer bei 122 und für die neuen bei 180.

Tabelle 10 zeigt die besonders risikobehafteten Branchen der Hauptwirtschaftsbereiche.

**Tab. 11: Insolvenzen nach Umsatzgrößenklassen im
1. Halbjahr 2005 *) in Deutschland (in Mio. Euro)**

■	absolut	%-Anteil
bis 0,1	3.610 (3.480)	19,3 (17,5)
> 0,1 – 0,25	4.320 (4.540)	23,1 (22,8)
> 0,25 – 0,5	3.340 (3.680)	17,9 (18,5)
> 0,5 – 5,0	6.510 (7.190)	34,8 (36,1)
> 5,0 – 25,0	800 (900)	4,3 (4,5)
> 25,0 – 50,0	80 (80)	0,4 (0,4)
> 50,0	40 (60)	0,2 (0,3)
Gesamt	18.700 (19.930)	100,0 (100,1)

*) von Creditreform geschätzt
Quelle: Creditreform-Datenbank

**Mehr kleine Betriebe
insolvent**

Trotz des Rückgangs bei den Unternehmensinsolvenzen hat der Anteil der insolventen Betriebe mit einem Umsatz von bis zu 100.000 Euro p. a. um 1,8 Prozentpunkte auf 19,3 Prozent zugenommen. Auch in der Umsatzgrößenklasse bis 250.000 Euro gab es einen leichten Anstieg um 0,3 Prozentpunkte auf 23,1 Prozent. Weniger gefährdet sind dagegen die Betriebe, die mehr als 50 Millionen Euro im Jahr umsetzen: Sie machen noch lediglich 0,2 Prozent des Insolvenzgeschehens aus (Vorjahr: 0,3 Prozent).

**Tab. 12: Insolvenzen nach Unternehmensalter im
1. Halbjahr 2005**

■	West	Ost	Deutschland
0 bis 2 Jahre	17,3 (16,0)	14,3 (14,7)	16,6 (15,8)
3 bis 4 Jahre	16,6 (17,9)	15,3 (17,0)	16,4 (17,7)
5 bis 6 Jahre	13,7 (14,4)	15,0 (15,8)	14,0 (14,7)
7 bis 8 Jahre	10,2 (9,9)	13,5 (11,4)	10,9 (10,2)
9 bis 10 Jahre	8,6 (7,8)	10,2 (11,2)	8,9 (8,5)
über 10 Jahre	33,7 (34,0)	31,7 (29,9)	33,3 (33,2)

Angaben in Prozent; () = Vorjahresangaben
Quelle: Creditreform-Datenbank

Auch die Zahl der insolventen Existenzgründer, die mit ihrem Unternehmen noch keine zwei Jahre am Markt agieren, nahm im Verlauf des letzten Jahres zu: 16,6 Prozent aller Insolvenzen stellt diese Gruppe – ein Anstieg um 0,8 Prozentpunkte im Vergleich zum ersten Halbjahr 2004. Damit überholen die jungen Unter-

nehmer die Gruppe der schon drei bis vier Jahre am Markt tätigen Betriebe. Diese verzeichnet einen Rückgang der Insolvenzen um 1,3 Prozentpunkte auf 16,4 Prozent. Ein Drittel (33,3 Prozent; 1. Halbjahr 2004: 33,2 Prozent) aller Pleiten schließlich trifft die alteingesessenen Betriebe, die schon mehr als zehn Jahre existieren.

Tab. 13: Beschäftigtenzahl insolventer Unternehmen in Prozent im 1. Halbjahr 2005

■	West	Ost	Deutschland
1 – 5 Personen	73,8 (72,3)	71,5 (71,2)	73,3 (72,0)
6 – 10 Personen	11,7 (11,7)	13,6 (12,7)	12,1 (11,9)
11 – 20 Personen	7,1 (8,0)	8,5 (8,9)	7,4 (8,2)
21 – 50 Personen	4,9 (5,3)	4,9 (5,6)	4,9 (5,4)
51 – 100 Personen	1,5 (1,7)	1,2 (1,2)	1,5 (1,6)
> 100 Personen	0,9 (1,0)	0,4 (0,4)	0,8 (0,9)

Angaben in Prozent, () = Vorjahresangaben
Quelle: Creditreform-Datenbank

Parallel zur Insolvenzzunahme bei den jungen Betrieben mit wenig Umsatz steigt auch die Zahl der Unternehmen, die einen bis fünf Mitarbeiter beschäftigen: 73,3 Prozent der Insolvenzen werden von diesen Mikrobetrieben gestellt, 1,1 Prozent mehr als vor einem Jahr. Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen mit mehr als 100 Beschäftigten ist bereits seit dem Jahr 2002 rückläufig. Im ersten Halbjahr 2005 machen sie nur noch 0,8 Prozent des gesamten Insolvenzgeschehens aus (Vorjahr: 0,9 Prozent).

Tab. 14: Insolvenzen nach Rechtsformen im 1. Halbjahr 2005

■	West	Ost	Deutschland
freie Berufe	2,8 (2,6)	2,1 (2,3)	2,6 (2,5)
Kleingewerbe-treibende	46,1 (43,7)	60,5 (56,3)	49,3 (46,4)
BGB-Gesellschaft	1,0 (1,3)	1,3 (1,6)	1,1 (1,4)
Einzelfirma	4,4 (4,6)	2,2 (1,9)	3,9 (4,1)
OHG	0,3 (0,4)	0,2 (0,3)	0,3 (0,3)
KG	0,5 (0,8)	0,4 (0,4)	0,5 (0,7)
GmbH & Co. KG	4,3 (4,6)	2,2 (2,2)	3,8 (4,1)
GmbH	39,3 (40,6)	29,8 (33,5)	37,2 (39,1)
AG	0,9 (1,0)	0,4 (0,3)	0,8 (0,8)
eG	0,0 (0,0)	0,2 (0,4)	0,1 (0,1)
e. V.	0,4 (0,5)	0,8 (0,9)	0,5 (0,6)

Angaben in Prozent; () = Vorjahresangaben

Quelle: Creditreform-Datenbank

Die Zahl der insolventen GmbHs nahm im Jahresverlauf nur unterdurchschnittlich um 1,9 Prozentpunkte auf 37,2 Prozent ab. Dagegen legten die Insolvenzen von Kleingewerbetreibenden um 2,9 Prozentpunkte zu. Möglicherweise entstanden viele der Kleingewerbe-gründungen aus der Not der Arbeitslosigkeit heraus und waren deshalb nicht sorgfältig vorbereitet worden. Die angestellte Strukturanalyse der Unternehmensinsolvenzen verdeutlicht jedenfalls: Obwohl die Entwicklung der Unternehmensinsolvenzen rückläufig ist, sehen sich mehr kleine, junge Mittelständler mit der Insolvenz ihrer Unternehmung konfrontiert als noch vor einem Jahr.

Tab. 15: Eigenkapitalausstattung des Mittelstandes im Verhältnis zur Bilanzsumme

■	bis 10%	37,0 (31,4)
	bis 20%	24,5 (30,5)
	bis 30%	16,4 (16,4)
	über 30%	22,1 (21,7)

Angaben in % der Befragten, () = Vorjahresangaben

Wie aber kann sich der Kleinunternehmer vor einer Insolvenz schützen? Das Schlüsselwort heißt Finanzierung. Eine ausreichende Eigenkapitalausstattung dient nicht nur der Erlangung von Fremdfinanzierungsmit-

teln, ihr kommt – gerade in konjunkturell schwierigen Zeiten – auch eine Pufferfunktion zur Erhaltung der Liquidität zu. Wie die Tabelle 15 zeigt, hat sich zwar die Zahl der ausreichend (mehr als 30 Prozent Eigenkapital im Verhältnis zur Bilanzsumme) kapitalisierten Unternehmen leicht um 0,4 Prozentpunkte auf 22,1 Prozent erhöht. Zugenommen hat aber auch der Anteil der über weniger als zehn Prozent Eigenkapital verfügenden Betriebe, und zwar von 31,4 Prozent im Frühjahr 2004 auf aktuell 37,0 Prozent. Die durchschnittliche Eigenkapitalquote der KMU beträgt gerade einmal 7,5 Prozent. Und eine Untersuchung des Instituts für Kredit- und Finanzwirtschaft an der Ruhr Universität Bochum zusammen mit Creditreform ergab, dass nur jeder vierte Mittelständler ein Ziel für seine Eigenkapitalausstattung definiert. Selbst von denen, die ihre Eigenkapitalausstattung als nicht gut einstufen, strebt nur die Hälfte eine Erhöhung an.

Achillesferse des Mittelstandes: das Eigenkapital

Der Aufbau von Eigenkapital gelingt nicht von jetzt auf gleich. Dennoch können Unternehmen einiges tun, um sich rating- und krisenfest zu machen. Beispielsweise durch die Umschuldung von Krediten in Zeiten „billigen Geldes“: Und langfristig genutzte Dispositionskredite sind um ein Vielfaches teurer als „normale“ Darlehen. Ein funktionierendes Forderungsmanagement erhöht die Liquidität, die Reduktion von Privatentnahmen aus dem Unternehmen lässt die Eigenkapitalquote steigen und signalisiert Risikobereitschaft gegenüber der Bank, mezzanines Kapital poliert die Bilanz auf, Leasing ist oftmals günstiger als der Kauf von Maschinen und Fahrzeugen und Factoring schließlich sorgt für den raschen Zufluss liquider Mittel.

... dann klappt es auch mit der Bank

1.6 Die Baustelle Insolvenzordnung

Seit September 2004 liegt der zweite Diskussionsentwurf eines Gesetzes zur Änderung der Insolvenzordnung den Beteiligten zur Erörterung vor. Dass es umfassender Änderungen der Insolvenzordnung, insbesondere im Verbraucherinsolvenzverfahren, bedarf, darüber ist man sich in der Rechtsprechung, im BMJ, in der Anwaltschaft und Literatur einig. Nicht nur die Schuldnerberatungsstellen und Gerichte sind völlig

überlastet (in Aachen beispielsweise teilten sich drei Richter im letzten Jahr 1.000 Fälle), auch die Länderhaushalte, die in der Regel auf den gestundeten Verfahrenskosten sitzen bleiben, stoßen an ihre Grenzen: Mehr als 80 Prozent aller Verbraucherinsolvenzverfahren sind so genannte masselose Verfahren, in denen der Schuldner noch nicht einmal in Lage ist, die Verfahrenskosten, die sich auf etwa 2.000 bis 3.000 Euro belaufen, aufzubringen, geschweige denn seinen Gläubigern eine Quote anzubieten. Allein Nordrhein-Westfalen kosten die Verbraucherinsolvenzen jährlich 18 Millionen Euro. Es bedarf also einer umfassenden Neustrukturierung des Verbraucherinsolvenzverfahrens, das billiger, schneller, effektiver und gerechter als bisher ausgestaltet werden sollte.

***Noch keine Einigung über
Gestaltung des Verbraucherinsolvenzverfahrens in Sicht***

Wie aber die Lösung des Problems im Einzelnen aussieht und wann sie in Kraft treten soll, darüber streiten die Gelehrten noch. Fest stehe indes, so Bundesjustizministerin Zypries in einer Rede auf dem zweiten Deutschen Insolvenzrechtstag, dass auf eine Stundung der Verfahrenskosten in Zukunft verzichtet werden solle, denn mögliche Kosten des Verbraucherverfahrens werden zukünftig so gering ausfallen, dass der Schuldner sie gegebenenfalls aus dem nicht pfändbaren Teil seines Einkommens bestreiten könne.

Auf der Agenda zur InsO-Reform steht ein weiterer Diskussionspunkt, der allerdings das Unternehmensinsolvenzverfahren betrifft: Durch Insolvenzanfechtungen werden den Sozialkassen jährlich mehrere hundert Millionen Euro entzogen. Geplant ist deshalb, das Anfechtungsrecht der Insolvenzverwalter gegenüber den Finanzämtern und Sozialversicherungsträgern einschließlich der Arbeitsförderung einzuschränken bzw. auszuschließen. De facto würden damit die öffentlich-rechtlichen Gläubiger ein Quotenvorrecht erhalten, das zu Lasten der übrigen Gläubiger geht.

Zum Hintergrund: Mit der Anfechtung können in der Vergangenheit liegende, bereits abgeschlossene und erfüllte Rechtshandlungen – namentlich Verträge – für unwirksam erklärt werden mit der Folge, dass die erlangten Vermögenswerte an die Insolvenzmasse zu-

rückgezahlt werden müssen. Diese „schärfste Waffe“ des Insolvenzrechts resultiert aus der Erfahrung, dass insbesondere gut informierte Gläubiger häufig versuchen „ihre Schäfchen ins Trockene zu bringen“, in dem sie ihre Rechte schon vor Eröffnung des Verfahrens durchsetzen, während den übrigen Gläubigern danach nur eine entsprechend geminderte Haftungsmasse zur Verfügung steht.

Öffentliche Hand wird bevorzugt

Das Quotenvorrecht der Öffentlichen Hand bestand schon in der alten Konkursordnung. Es wurde abgeschafft, um dem Grundsatz der Gläubigergleichbehandlung Rechnung zu tragen und die Insolvenzmasse anzureichern. Allerdings ist angesichts der offenen politischen Situation schwer zu sagen, welche Änderungen in der Insolvenzordnung noch durchgeführt werden oder unter einer neuen Regierung angestrebt werden.

1.7 Große Firmeninsolvenzen

Die Aufstellung der „Top-Five“ der Unternehmensinsolvenzen liest sich wie ein Ranking bekannter Firmennamen in Deutschland. Bereits seit geraumer Zeit treffen Insolvenzen auch große Traditionshäuser, die mitunter über hundert Jahre am Markt agierten und in einem der vergangenen Jahre gezwungen waren, ihre Pforten zu schließen.

***Große Insolvenzen:
Bau, Foto und Textil***

Dennoch scheint der „Boom“ der großen Pleiten, der im Jahr 2002 mit den Insolvenzen von Holzmann, KirchMedia, Babcock und Fairchild seinen Höhepunkt erreichte, vorbei zu sein. Im ersten Halbjahr 2005 meldeten fünf Unternehmen, die mehr als 500 Mitarbeiter beschäftigten, Konkurs an.

Tab. 16: „Top-Five“ der Unternehmensinsolvenzen in Deutschland im 1. Halbjahr 2005

■	Unternehmen	Geschäftszweck
	Walter Bau AG, Augsburg	Hoch- und Tiefbau
	„Ihr Platz“ GmbH & Co. KG, Osnabrück	Einzelhandel mit Drogerieartikeln
	AgfaPhoto GmbH, Leverkusen	Herstellung von fotochemischen Erzeugnissen, Großhandel mit feinmechanischen, Foto- und optischen Erzeugnissen
	TWD GmbH, Deggendorf	Nähgarnfertigung, Herstellung von Mineralerzeugnissen a. n. g., Baumwollaufbereitung und –spinnerei
	pgam advanced technologies AG, Georgsmarienhütte	Ingenieurbüros für technische Fachplanung

Quelle: Creditreform-Datenbank

Die mittlerweile mehr als zehn Jahre währende Krise am Bau forderte Anfang Februar ein neues Opfer: Der drittgrößte Baukonzern – die **Walter Bau AG** aus dem Jahre 1876 – musste nach einem wochenlangen Überlebenskampf Insolvenz anmelden. Inzwischen ist das Verfahren eröffnet – nach Angaben des Insolvenzverwalters Werner Schneider verlieren knapp 4.000 der 9.800 Beschäftigten ihren Arbeitsplatz. Als Gründe für den Niedergang werden die fehlende internationale Ausrichtung und Finanzierungsprobleme angeführt.

Die Osnabrücker Drogeriekette **Ihr Platz GmbH & Co. KG** beantragte am 30. Mai die Eröffnung des Insolvenzverfahrens. Der Insolvenzantrag der Nummer fünf am deutschen Markt betrifft insgesamt 8.800 Beschäftigte in 681 Filialen. Aber die Chancen auf Sanierung stehen gut: Ihr Platz hat als eines der ersten großen Unternehmen (nach Babcock und KirchMedia) von den unternehmensstrategischen Optionen der Insolvenzordnung Gebrauch gemacht, eine Insolvenz in Eigenverwaltung beantragt und den Antrag mit drohender Zahlungsunfähigkeit begründet.

Die Möglichkeit der Eigenverwaltung ist eines der zentralen neuen Elemente im Insolvenzverfahren. Anders als im Regelfall verliert der Schuldner nicht die Verwaltungs- und Verfügungsbefugnis über sein Vermögen. Auf diese Weise können seine Kenntnisse und Erfahrungen genutzt, eine lange Einarbeitungszeit des Insolvenzverwalters vermieden und allgemein ein kos-

Eigenverwaltung und drohende Zahlungsunfähigkeit als Sanierungsinstrumente

tengünstiges Verfahren erreicht werden. Um den Verdacht zu entkräften, man mache den Bock zum Gärtner, wird – wie auch bei Ihr Platz geschehen – das Management ausgetauscht, bevor es an die Umsetzung des Sanierungsplanes geht.

Eine Eigenverwaltung kann nur dann Erfolg versprechend sein, wenn sie mit den wichtigsten Gläubigern abgesprochen ist. Die Investmentbank Goldman Sachs als Führer des Gläubigerbanken-Pools begleitet die Sanierung von Ihr Platz und hat mit einem so genannten Massekredit über 7,5 Millionen Euro frisches Geld in das Unternehmen gebracht. Der Sanierungsplan sieht vor, 8.100 Arbeitsplätze zu erhalten und 70 bis 90 unrentable Filialen zu schließen.

Wie wenig bislang von den sanierungsunterstützenden Möglichkeiten der Insolvenzordnung Gebrauch gemacht wird, verdeutlichen die folgenden Zahlen: Im Jahre 2004 wurden nur 336 der über 39.000 Unternehmensinsolvenzen mit dem Eröffnungsgrund der drohenden Zahlungsunfähigkeit beantragt, und nur in 173 Fällen wurde die Eigenverwaltung angeordnet.

Die 1867 in Berlin gegründete „Actien-Gesellschaft für Anilin-Fabrikationen“, besser bekannt unter dem Namen **Agfa**, stellte am 20. Mai den Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens. 1936 entwickelte Agfa den ersten Farbfilm, 1959 kam die erste Kamera mit Belichtungsautomatik heraus. 1964 schlossen sich die Agfa AG und die belgische Gevaert Photo-Produktion zusammen und gingen 1999 an die Börse. Im November 2004 wurde der Bereich Filme- und Fotopapier sowie Laborgeräte für rund 175 Millionen Euro an eine Gruppe deutscher und amerikanischer Investoren verkauft. Die Umsätze in der Fotosparte waren zuvor wegen des Booms in der Digitalfotografie massiv eingebrochen. AgfaPhoto beschäftigt rund 1.900 Mitarbeiter in Deutschland und 2.400 weltweit. Wegen Unstimmigkeiten in den Bilanzen prüft die Kölner Staatsanwaltschaft derzeit, ob ein Ermittlungsverfahren gegen die Verantwortlichen bei Agfa eingeleitet wird.

Bald keine Farbfilme mehr

Platz vier der größten Firmeninsolvenzen des ersten Halbjahres 2005 belegt die **TWD GmbH** aus Deggen-
dorf in Niederbayern. Die TWD-Gruppe, die auf Syn-
thetikgarne für Autositze, Teppichböden, Heimtextilien
und für die Bekleidungsindustrie spezialisiert ist, geht
auf eine Ende des 19. Jahrhunderts in Nordböhmen
gegründete Strumpffabrik zurück. Das Insolvenzverfah-
ren wurde am 1. Mai eröffnet. Der renommierte
Rechtsanwalt Michael Jaffé konnte bereits vier Wo-
chen nach der Eröffnung Gutes berichten: „Wir haben
mit der Daun & Cie. AG einen hochkarätigen Investor
gefunden, der die Betriebe im niederbayerischen Deg-
gendorf sowie im sächsischen Glauchau übernimmt
und nachhaltig in beide Standorte investieren will“,
erklärte er in einer Pressemitteilung. 947 der 1.360
betroffenen Arbeitsplätze seien gesichert. Steigende
Rohstoffpreise, die schwache Nachfrage und die Kon-
kurrenz aus Billiglohnländern hatten zu finanziellen
Problemen bei der TWD geführt.

Die auf die Entwicklung gepanzerter Sonderfahrzeuge
spezialisierte **pgam advanced technologies AG** stell-
te am 11. April beim Amtsgericht in Osnabrück einen
Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens, dem
am 1. Juni Folge geleistet wurde. 211 der insgesamt
856 Beschäftigten wurden freigestellt. Ein Großauftrag
in Kooperation mit dem Autohersteller Ford brachte die
pgam in Schwierigkeiten. Das Unternehmen investierte
in den Ausbau eigener Produktionsstätten in den USA,
doch das Projekt verzögerte sich, so dass pgam ge-
zwungen war, eine Wertberichtigung von rund 15,7
Millionen Euro und eine Teilabschreibung auf eine US-
Tochter in Höhe von 15 bis 20 Millionen Euro vorzu-
nehmen.

■ 2 **Neueintragungen und Löschungen von Unternehmen**

2.1 **Gründungsbilanz**

Bei den Neugründungen hat sich der Aufwärtstrend der
vergangenen beiden Jahre in den ersten sechs Mona-
ten dieses Jahres nicht fortgesetzt. Die Zahl der Ge-
werbeanmeldungen in den öffentlichen Registern fiel
um 0,8 Prozent.

Waren im ersten Halbjahr 2004 noch 468.100 Gewerbe angemeldet worden, sind es im gleichen Zeitraum des Jahres 2005 nur noch 464.200. Zu dem leichten Rückgang bei den Gründungen kommt ein Anstieg bei den Abmeldungen. Die Gewerbeabmeldungen sind im ersten Halbjahr 2005 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 9,0 Prozent gestiegen. Entsprechend ist der Saldo der An- und Abmeldungen über 25 Prozent niedriger als im ersten Halbjahr des Vorjahres.

**Weniger Anmeldungen,
mehr Abmeldungen**

**Tab. 17: Gründungsbilanz im 1. Halbjahr 2005 *)
für Deutschland**

■	Anmel- dungen	Veränd. in Prozent	Abmel- dungen	Veränd. in Prozent
Nur Gewerbe- register:	408.700 (415.800)	- 1,7	329.800 (302.200)	+ 9,1
Handels- register:	55.500 (52.300)	+ 6,1	34.300 (31.800)	+ 7,9
Gesamt:	464.200 (468.100)	- 0,8	364.100 (334.000)	+ 9,0
Saldo:	100.100 (134.100)	- 25,4		

*) Creditreform-Schätzung; () = Vorjahresangaben

Die Gründungsbilanz in den ersten sechs Monaten des Jahres 2005 ist in Ost- und Westdeutschland unterschiedlich. Während im Westen die Gründungen stärker als der gesamtdeutsche Durchschnitt gefallen sind, war im Osten sogar ein leichter Anstieg der Gründungen zu verzeichnen. In Westdeutschland fielen die Anmeldungen insgesamt um 1,7 Prozent auf 371.800 (1. Halbjahr 2004: 378.400). Gleichzeitig stiegen die Gewerbeabmeldungen um 7,6 Prozent. Der sich ergebende Saldo liegt um 25 Prozent niedriger als der Saldo des Vorjahreszeitraums.

**Tab. 18: Gründungsbilanz im 1. Halbjahr 2005 *)
für Westdeutschland**

■	Anmel- dungen	Veränd. in Prozent	Abmel- dungen	Veränd. in Prozent
Nur Gewerbe- register:	325.200 (334.500)	- 2,8	262.300 (244.400)	+ 7,3
Handels- register:	46.600 (43.900)	+ 6,2	27.800 (25.100)	+ 11,2
Gesamt:	371.800 (378.400)	- 1,7	290.100 (269.500)	+ 7,6
Saldo:	81.700 (108.900)	- 25,0		

*) Creditreform-Schätzung; () = Vorjahresangaben

Ost schlägt West

Im Osten Deutschlands liegen die Gründungen im ersten Halbjahr 2005 um 3,0 Prozent höher als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Wurden in den ersten sechs Monaten des Vorjahres nur 89.700 Unternehmen gegründet, so waren es in diesem Jahr 92.400. Allerdings hat sich auch in Ostdeutschland die Zahl der Abmeldungen erhöht. Mit einem Plus von 14,7 Prozent ist dieser Anstieg sogar höher als im Westen.

**Tab. 19: Gründungsbilanz im 1. Halbjahr 2005 *)
für Ostdeutschland**

■	Anmel- dungen	Veränd. in Prozent	Abmel- dungen	Veränd. in Prozent
Nur Gewerbe- register:	83.500 (81.300)	+ 2,7	67.500 (57.800)	+ 16,8
Handels- register:	8.900 (8.400)	+ 6,0	6.500 (6.700)	- 3,0
Gesamt:	92.400 (89.700)	+ 3,0	74.000 (64.500)	+ 14,7
Saldo:	18.400 (25.200)	- 27,0		

*) Creditreform-Schätzung; () = Vorjahresangaben

Nach einem kontinuierlichen Rückgang bei den Neugründungen in den Jahren 1998 bis 2002, kam es, forciert durch die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen im Jahr 2003, wieder zu einem Anstieg bei den Neugründungen. Dieser Aufwärtstrend verstärkte sich im vergangenen Jahr, begünstigt durch die Reform der Handwerksordnung, nochmals deutlich. Mit 468.100 im Halbjahr und 960.500 zum Jahresende erreichten die Gründungen im Jahr 2004 einen Höchstwert. Dieses

hohe Niveau konnte im ersten Halbjahr 2005 nicht fortgesetzt werden. Jedoch ist bemerkenswert, dass trotz rückläufiger Neugründungen bundesweit die Eintragungen ins Handelsregister um 6,1 Prozent gestiegen sind. Von den 464.200 Gründungen insgesamt entfielen 55.500 auf das Handelsregister. Das sind 3.200 mehr als im Vorjahreszeitraum.

Diese Entwicklung könnte auf eine Abschwächung bei Kleinstgründungen und Ich-AGs zurückgehen. Seit November 2004 gelten für die Ich-AG verschärfte Regelungen. Um eine Flucht aus dem geringeren Arbeitslosengeld II in die Ich-AG zu verhindern, müssen potenzielle Gründer seither einen detaillierten Geschäftsplan erstellen und sich von einer externen Prüfstelle die Tragfähigkeit des Plans bestätigen lassen. Laut Arbeitsmarktstatistik wurden von Januar bis Mai 2005 47.642 Existenzgründungszuschüsse bewilligt. Das sind fast 30 Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum. Insgesamt sind einer Untersuchung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) zufolge fast ein Fünftel der mehr als 250.000 bis Ende 2004 bewilligten Ich-AGs wieder aus der Förderstatistik verschwunden. Für den Fall einer Regierungsübernahme im Herbst hat die Opposition bereits angekündigt, das Instrument der Ich-AG vollständig abzuschaffen.

Neue Regeln für Ich-AGs

Tab. 20: Gründungsgeschehen von 2000 bis 2005 in Deutschland

■	Neuzugänge	Löschungen	Saldo
2000	832.000	629.000	203.000
2001	758.000	660.000	98.000
2002	720.000	637.000	83.000
2003	785.000	642.000	143.000
2004 Hj.	468.100	334.000	134.100
2004	960.500	677.600	282.900
2005 Hj. *)	464.200	364.100	100.100

*) von Creditreform geschätzt

Auch der KfW-Gründungsmonitor berichtet über eine nachlassende Gründungsdynamik in Deutschland.

Die Studie basiert auf einer repräsentativen Untersuchung, bei der jährlich mehr als 40.000 Personen befragt werden. Als Grundlage wird ein breiterer Gründungsbegriff gewählt, der über die Registereintragungen hinausgeht und auch die Selbsteinschätzung der Befragten berücksichtigt. Mit dieser Definition werden beispielsweise auch Selbstständige im Nebenerwerb und Freiberufler erfasst.

Laut KfW-Gründungsmonitor haben sich im Jahr 2004 1,4 Millionen Menschen selbstständig gemacht, davon waren 670.000 Existenzgründer im Vollerwerb. Während diese Zahl der Vollerwerbsgründer stabil ist, gingen die Gründungen im Nebenerwerb im vergangenen Jahr stark zurück.

Tab. 21: Gründungsgeschehen von 2000 bis 2005 in Westdeutschland

■	Neuzugänge	Löschungen	Saldo
2000	695.000	520.000	175.000
2001	639.000	545.000	94.000
2002	584.000	510.000	74.000
2003	640.000	520.000	120.000
2004 Hj.	378.400	269.500	108.900
2004	763.300	546.200	217.100
2005 Hj. *)	371.800	290.100	81.700

*) von Creditreform geschätzt

Der sechste Länderbericht Deutschland zum Global Entrepreneurship Monitor (GEM) untersuchte das Gründungsgeschehen im internationalen Vergleich. Bei den Rahmenbedingungen für Gründungen belegte Deutschland von 30 bewerteten Ländern den 10. Platz, bei der öffentlichen Förderinfrastruktur für Gründer sogar den Spitzenplatz. Schwachstellen bei den Rahmenbedingungen für Gründer in Deutschland sieht die Studie vor allem bei der gründungsbezogenen Ausbildung, im Bereich der Regulierung und im Steuerrecht.

Gute Förderbedingungen

Tab. 22: Gründungsgeschehen von 1999 bis 2004 in Ostdeutschland

■	Neuzugänge	Löschungen	Saldo
2000	137.000	109.000	28.000
2001	119.000	115.000	4.000
2002	136.000	127.000	9.000
2003	145.000	122.000	23.000
2004 Hj.	89.700	64.500	25.200
2004	197.200	131.500	65.700
2005 Hj. *)	92.400	74.000	18.400

*) von Creditreform geschätzt

2.2 Exkurs: Limited und GmbH-Novelle

Seit 2003 der Europäische Gerichtshof und der Bundesgerichtshof alle europäischen Rechtsformen gleichgestellt haben, erfreut sich insbesondere die britische Kapitalgesellschaft Private Company Limited by Shares, kurz Limited, bei Gründern großer Beliebtheit. Die britische Unternehmensform gilt als schnelle und unbürokratische Alternative zur deutschen GmbH. Zahlreiche Beratungsfirmen, Rechtsanwälte und Steuerberater bieten Dienstleistungen rund um die Limited an und erledigen schon ab etwa 250 Euro die Gründungsformalitäten in Großbritannien, die im schnellsten Fall nur 24 Stunden dauern.

Boom bei Limited

Als wichtigster Vorteil der Limited wird das Fehlen einer Mindestkapitalanforderung gesehen. Der Gründer zahlt symbolisch ein Pfund ein. Allerdings kompensiert das britische Gesellschaftsrecht die fehlende Mindestkapitalanforderung der Limited durch schärfere Bestimmungen bei Buchführung, Publizität und Haftung, deren Nichteinhaltung mit hohen Strafen geahndet wird. Den geringen Gründungskosten stehen deshalb höhere laufende Kosten für Übersetzungen, Sekretär (Company Secretary) und Büro (Registered Office) in Großbritannien sowie die regelmäßige Übersendung von Geschäftsberichten an das englische Gesellschaftsregister, das Companies House nach Cardiff gegenüber. Außerdem gilt die Haftungsbeschränkung auf das Gesellschaftsvermögen nur, solange sie nicht missbräuchlich betrieben wird. Ein solcher Missbrauch

liegt etwa bei Überschuldung der Gesellschaft vor. Bei einer Einlage von lediglich einem Pfund kann von Anfang an von einer Überschuldung ausgegangen werden.

Dennoch ist der Boom der Limited bei Gründungen ungebrochen. Wie die F.A.Z. und das Handelsblatt berichteten, ist mittlerweile fast jede vierte in Deutschland gegründete Kapitalgesellschaft eine Limited. Die Bundesregierung nahm die große Popularität der Rechtsform Limited zum Anlass, einen Gesetzentwurf zur Neuregelung des Mindestkapitals der Gesellschaft mit beschränkter Haftung einzubringen. In der Begründung des am 1. Juni 2005 vom Kabinett beschlossenen Gesetzentwurfs heißt es, dass die „Wettbewerbsfähigkeit der deutschen GmbH auch im europäischen Vergleich erhalten und gestärkt werden soll, ohne die Vorteile des deutschen GmbH-Rechts aufzugeben“, um so „die Rechtsform der GmbH für den deutschen Mittelstand attraktiv“ zu halten. Der Gesetzentwurf sieht vor, das Mindeststammkapital der Gesellschaft mit beschränkter Haftung ab dem 1. Januar 2006 von derzeit 25.000 auf 10.000 Euro abzusenken. Gleichzeitig soll die Transparenz gestärkt werden. GmbHs sollen verpflichtet werden, die Höhe ihres gezeichneten Stammkapitals auf Geschäftsbriefen offen zu legen.

„Gesellschaft ohne Haftung“

In einer Stellungnahme zum Gesetzentwurf begrüßten die Arbeitgeberverbände die Absenkung des Mindestkapitals der GmbH auf 10.000 Euro und die damit verbundene Annäherung an den europäischen Durchschnitt, doch wiesen sie gleichzeitig auf die Gefahr von unterkapitalisierten Gründungen hin. Vielen Kritikern geht der Gesetzentwurf nicht weit genug. Sie fordern die Einführung der „Ein-Euro-GmbH“ unter gleichzeitiger Ausweitung der Haftungsbestimmungen. So wurde in der F.A.Z. am 1. Juni 2005 unter der Überschrift „Gesellschaft ohne Haftung“ unter anderem eine stärkere Haftung der Geschäftsführer bei Pflichtverletzungen ähnlich dem englischen Recht gefordert. Auch der Nutzen der im Gesetzentwurf enthaltenen Verpflichtung zur Offenlegung des Stammkapitals auf dem

Briefkopf wird bezweifelt. Diese Regelung sei „eher irreführend“.

2.3 Parameter des Gründungsgeschehens

Die Frage, wie sich die Neugründungen auf die einzelnen Branchen verteilen, kann durch eine Analyse der Eintragungen ins Handelsregister beantwortet werden. Wie im Vorjahreszeitraum stellen die unternehmensnahen Dienstleister die größte Gruppe unter den Gründern: Über 60 Prozent der Handelsregistereintragungen entfielen auf diesen Wirtschaftszweig. An zweiter Stelle steht der Handel. Über 20 Prozent der Neueintragungen waren Groß- und Einzelhändler.

Der jüngste ZEW-Gründungsreport verweist auf einen Anstieg der Gründungen insbesondere in technologie- und wissensintensiven Branchen. Um diesem Aufwärtstrend bei innovativen Gründungen Nachdruck zu verleihen, hat die Bundesregierung gemeinsam mit der KfW und Partnern aus der Wirtschaft im April 2005 die Auflage eines Gründerfonds „Partner für Innovation“ angekündigt, der vom Sommer 2005 an High-Tech-Gründungen in den nächsten Jahren bis zu 260 Millionen Euro Wagniskapital zur Verfügung stellen soll.

High-Tech wird gefördert

**Tab. 23: Neueintragungen nach Wirtschaftsbereichen
im 1. Halbjahr 2005 *)**

■	Westdeutschland		Ostdeutschland		Gesamt	
	absolut	%-Anteil	absolut	%-Anteil	absolut	%-Anteil
Land- u. Forstwirtsch. / Fischerei u. Fischzucht, Bergbau u. Gewinn. v. Steinen u. Erden	3	0,01	4	0,05	7	0,01
Verarbeitendes Gewerbe	1.424	3,05	319	3,59	1.743	3,14
Energie u. Wasser - versorgung	588	1,26	134	1,51	722	1,30
Baugewerbe	1.471	3,15	448	5,05	1.919	3,46
Kfz-Handel	703	1,51	207	2,33	910	1,64
Groß- u. Einzelhandel	9.554	20,49	1.675	18,86	11.229	20,23
Gastgewerbe	627	1,34	159	1,79	786	1,42
Verkehr u. Nachrich- tenübermittlung	1.152	2,47	163	1,84	1.315	2,37
Kredit- u. Versiche- rungsgewerbe	141	0,30	14	0,16	155	0,28
Grundstücks- u. Woh- nungswesen, Vermie- tung beweglicher Sachen	1.082	2,32	203	2,29	1.285	2,31
Datenverarbeitung u. Datenbanken	940	2,02	118	1,33	1.058	1,91
Forschung u. Entwicklung	2	0,00	0	0,00	2	0,00
unternehmensnahe Dienstleistungen	28.311	60,71	5.290	59,57	33.601	60,53
sonstige persönliche Dienstleistungen (Wäscherei, Frisöre, Bestattungswesen etc.)	636	1,36	146	1,64	782	1,41
Gesamt	46.634	99,99	8.880	100,01	55.514	100,01

*) Creditreform-Hochrechnung

Neben Innovation und der Ausbreitung neuer Techno-
logien erwartet die Politik von der Gründungsförderung
vor allem die Schaffung von Arbeitsplätzen. Allerdings
gehen positive Arbeitsmarkteffekte nur von wirt-
schaftsaktiven Neugründungen aus. Kriterium für die
Einstufung als wirtschaftsaktives Unternehmen in der
vorliegenden Tabelle ist eine Anfrage an die Creditre-
form-Datenbank zur Überprüfung der Geschäftsverbin-
dung und Kreditwürdigkeit sowie die Schaffung von
Arbeitsplätzen. Damit werden praktisch nur wirt-
schaftsaktive Unternehmen erfasst. Klein- und Kleinst-

gewerbetreibende, landwirtschaftliche Unternehmen und Freiberufler fallen hingegen raus.

Tab. 24: Wirtschaftstaktive Neugründungen in Deutschland im 1. Halbjahr 2005 *)

■	wirtschaftsaktive Neugründungen (absolut)
Verarbeitendes Gewerbe	3.800 (4.080)
Baugewerbe	5.100 (5.700)
Handel	18.000 (19.040)
Dienstleistungen	37.100 (39.180)
Gesamt	64.000 (68.000)

*) von Creditreform geschätzt
Quelle: Creditreform-Datenbank

Zur Ermittlung der neu geschaffenen Arbeitsplätze durch die wirtschaftsaktiven Betriebe wird die durchschnittliche Anzahl der Beschäftigten (siehe Tabelle 25) zu Grunde gelegt.

Tab. 25: Durchschnittliche Anzahl der Beschäftigten bei den produktiven Neugründungen im 1. Halbjahr 2005

■	Deutschland
Verarbeitendes Gewerbe	5
Baugewerbe	2
Handel	2
Dienstleistungen	2

Quelle: Creditreform-Datenbank

Für das Jahr 2005 rechnet Creditreform mit 139.400 neuen Arbeitsplätzen durch wirtschaftsaktive Gründungen. Das sind etwa 9.000 weniger als im Vorjahreszeitraum.

Tab. 26: Zahl der neugeschaffenen Arbeitsplätze in den Wirtschaftsbereichen im 1. Halbjahr 2005 *) in Deutschland

■	Zahl der Beschäftigten	
Verarb. Gewerbe	5 x 3.800	19.000 (20.400)
Baugewerbe	2 x 5.100	10.200 (11.400)
Handel	2 x 18.000	36.000 (38.080)
Dienstleistungen	2 x 37.100	74.200 (78.360)
Gesamt	64.000	139.400 (148.240)

*) Creditreform-Hochrechnung; () = Vorjahresangaben
Quelle: Creditreform-Datenbank

**Weniger Gründungen,
weniger Jobs**

Die Gründungsaktivitäten in Deutschland weisen große regionale Unterschiede auf. Die Spitzenplätze bei den Gründungen je 10.000 Unternehmen gehen im ersten Halbjahr 2005 an die Stadtstaaten Hamburg, Bremen und Berlin. Vor allem Hamburg macht mit 699 Gründungen je 10.000 Unternehmen einen großen Sprung nach vorn, im entsprechenden Vorjahreszeitraum waren es nur 286. Die Gründungsaktivität in der Hansestadt hat sich also weit mehr als verdoppelt. Das zweitplatzierte Bremen verzeichnete 603 Neueintragungen (542 im Vorjahreszeitraum) und Berlin, das den dritten Platz belegt, kommt immerhin noch auf 543 (2004: 428).

Bei der Interpretation der vergleichsweise hohen Gründungsaktivitäten in den Stadtstaaten muss allerdings berücksichtigt werden, dass die Gründungsaktivität das Verhältnis der Eintragungen ins Handelsregister zu der Zahl der bereits bestehenden Unternehmen darstellt. Sind bereits viele Unternehmen im entsprechenden Bundesland vorhanden, dann muss die Zahl der Neueintragungen entsprechend hoch sein, um eine hohe Gründungsaktivität zu erreichen.

Tab. 27: Handelsregisterneueintragungen je 10.000 Unternehmen nach Bundesländern im 1. Halbjahr 2005

■	Neueintragungen
Hamburg	699
Bremen	603
Berlin	543
Schleswig-Holstein	424
Nordrhein-Westfalen	416
Niedersachsen	411
Hessen	410
Brandenburg	384
Bayern	382
Saarland	331
Baden-Württemberg	294
Sachsen-Anhalt	293
Mecklenburg-Vorpommern	284
Sachsen	278
Rheinland-Pfalz	239
Thüringen	232
Gesamt	379

Die geringsten Gründungsaktivitäten weisen im ersten Halbjahr 2005 die Bundesländer Thüringen, Rheinland-Pfalz und Sachsen auf. In Thüringen kamen auf 10.000 Unternehmen nur 232 Gründungen, in Rheinland-Pfalz 239 und in Sachsen 278. Während die Gründungsaktivitäten in Thüringen und Rheinland-Pfalz damit deutlich schlechter sind als im Vorjahr, kann Sachsen immerhin noch eine höhere Zahl als im ersten Halbjahr 2004 vorweisen. Trotzdem fällt der Freistaat im Vergleich der Bundesländer um einen Platz zurück.

Stadtstaaten vorne

Bei den absoluten Zahlen liegen traditionell die großen und wirtschaftsstarken Flächenländer Nordrhein-Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg auf den vorderen Plätzen. In den ersten sechs Monaten dieses Jahres wurden in Nordrhein-Westfalen 13.017 Unternehmen ins Handelsregister eingetragen, in Bayern 9.824 und 6.025 in Baden-Württemberg.

Tab. 28: Unternehmensneueintragen und -lösungen nach Bundesländern in West- und Ostdeutschland für das 1. Halbjahr 2005 *)

■	Unternehmensneueintragen	Unternehmenslösungen	Saldo
Nordrhein-Westfalen	13.017	9.078	3.939
Bayern	9.824	4.568	5.256
Baden-Württemberg	6.025	3.377	2.648
Niedersachsen	5.138	2.430	2.708
Hessen	4.765	3.449	1.316
Berlin	3.016	2.146	870
Hamburg	2.711	1.445	1.266
Schleswig-Holstein	2.137	1.226	911
Sachsen	1.862	1.676	186
Rheinland-Pfalz	1.803	1.176	627
Brandenburg	1.485	934	551
Sachsen-Anhalt	962	672	290
Thüringen	841	604	237
Mecklenburg-Vorp.	714	498	216
Bremen	653	564	89
Saarland	561	471	90
Gesamt	55.514	34.314	21.200

*) Creditreform-Hochrechnung

Die bevölkerungsarmen und wirtschaftsschwachen Länder Mecklenburg-Vorpommern, Bremen und das Saarland bilden bei den Gründungen in absoluten Zahlen die Schlussgruppe. Während allerdings Mecklenburg-Vorpommern mit minus 25,9 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum den bundesweit größten Rückgang bei den Gründungen zu verzeichnen hatte und in die Schlussgruppe abgestiegen ist, gehört das Saarland zu den großen Gewinnern. Dort haben die Gründungen im ersten Halbjahr 2005 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um ein Drittel zugenommen.

■ 3 Zusammenfassung

Das Insolvenzgeschehen im 1. Halbjahr 2005 ist von zwei gegenläufigen Entwicklungen gekennzeichnet: Während die Unternehmensinsolvenzen mit 18.700 Fällen einen Rückgang um 6,2 Prozent zeigen (1. Halbjahr 2004: 19.930 Unternehmensinsolvenzen), legen die Verbraucherinsolvenzen 33,5 Prozent zu (29.200; 1. Halbjahr 2004: 21.870). Den Verbraucherinsolvenzen sind noch die sonstigen Privatinsolvenzen zuzurechnen. Hier handelt es sich um überschuldete Nachlässe oder Konkurse ehemals Selbstständiger. 14.700 Insolvenzanträge sind in diesem Bereich privater Insolvenz zu registrieren. Dies ist ein Rückgang um 2,3 Prozent gegenüber den 15.050 Insolvenzanträgen des 1. Halbjahres 2004. Die Zahl der Gesamtinsolvenzen beträgt insgesamt 62.600 Fälle – 10,1 Prozent mehr als im Vorjahr (56.850).

Zum ersten Mal seit dem Jahre 2000 verzeichnen auch Westdeutschlands Unternehmen einen Rückgang der Insolvenzen. 14.300 Insolvenzanträge von Unternehmen ergeben für die erste Jahreshälfte 2005 Abschwächungen von 6,0 Prozent gegenüber dem Vergleichszeitraum 2004. Während die Verbraucherinsolvenzen im Westen der Republik um 29,6 Prozent auf 23.000 Betroffene angestiegen sind (1. Halbjahr 2004: 17.750 Verbraucherinsolvenzen), melden in Ostdeutschland 50,5 Prozent – 6.200 Betroffene – mehr Verbraucher als im 1. Halbjahr 2004 ihre Zahlungsunfähigkeit an (1. Halbjahr 2004: 4.120). Die Unternehmensinsolvenzen in den neuen Bundesländern konnten gegenüber dem 1. Halbjahr 2004 mit 4.400 Insolvenzanträgen eine Verbesserung um 6,6 Prozent verzeichnen.

Zwischen Unternehmens- und Privatinsolvenzen bestehen Zusammenhänge. Das Stichwort „Arbeitslosigkeit“ macht die Verbindung deutlich: Durch Unternehmensinsolvenzen gehen Arbeitsplätze verloren – der Verlust des Arbeitsplatzes wiederum ist eine der häufigsten Gründe für die private Zahlungsunfähigkeit.

In den ersten sechs Monaten 2005 sind 269.000 Arbeitnehmer von der Insolvenz ihres Arbeitgebers betroffen. Gegenüber 322.000 Personen im Vergleichszeitraum 2004 ist dies ein Rückgang von 16,5 Prozent. Dieser Rückgang ist nicht nur der absoluten Abnahme der Unternehmensinsolvenzen zu verdanken, sondern auch der Größe der betroffenen Unternehmen. Kleingewerbetreibende bis 100.000 Euro Jahresumsatz haben ihren Anteil am Gesamtinsolvenzaufkommen um 1,8 Prozentpunkte auf 19,3 Prozent vergrößert. Fast die Hälfte aller Unternehmensinsolvenzen betrifft Betriebe mit höchstens 250.000 Euro Jahresumsatz.

Rund 18,8 Mrd. Euro gingen privaten und öffentlichen Gläubigern durch Insolvenzen verloren. Im ersten Halbjahr 2004 waren von den Gläubigern noch 22,7 Mrd. Euro auszubuchen. Alleine die privaten Gläubiger verlieren durchschnittlich 668.000 Euro bei einer Insolvenz – immerhin weniger als noch im ersten Halbjahr 2004 (738.000 Euro verteilt auf die Gläubiger einer Unternehmensinsolvenz).

Bestimmt vom konjunkturellen Umfeld einer Branche, haben sich die Insolvenzen unterschiedlich entwickelt. Während sich das Verarbeitende Gewerbe – getrieben von einer guten Exportkonjunktur – mit einem Rückgang der Unternehmensinsolvenzen um 14,6 Prozent am besten unter allen Wirtschaftsbereichen erholt zeigt, sieht die Lage beim Groß- und Einzelhandel mit einer Abschwächung von nur 3,3 Prozent am schlechtesten unter allen Branchen aus. Selbst der Bau zeigt sich verbessert (minus 6,4 Prozent). Wie krisenbetroffen dieser Bereich allerdings weiterhin bleibt, zeigt die relative Insolvenzbetroffenheit: Mit 240 Pleiten pro 10.000 Unternehmen sind fast doppelt so viele Baubetriebe von der Insolvenz betroffen wie der Durchschnitt aller Branchen (128 Insolvenzen pro 10.000 existente Betriebe).

Auch wenn kleinere Betriebe das Insolvenzgeschehen in Deutschland prägen, sind im ersten Halbjahr 2005 auch große Unternehmen von Zahlungsunfähigkeit und Überschuldung betroffen. Das Augsburger Bauunternehmen „Walter Bau AG“ – immerhin der drittgrößte

deutsche Baukonzern – musste ebenso Insolvenz anmelden, wie die Osnabrücker Drogeriekette „Ihr Platz GmbH & Co. KG“. Die „AgfaPhoto GmbH“ kam nach dem Eigentümerwechsel zum Insolvenzantrag. Anders als bei den vielen kleinen Mittelständlern, können bei Großinsolvenzen die Möglichkeiten der neuen Insolvenzordnung genutzt werden. Ein zwischen allen Betroffenen abgestimmter Insolvenzplan macht es möglich, Unternehmen zu sanieren und eine Vielzahl von Arbeitsplätzen zu erhalten. Auch insgesamt nimmt die Zahl der Insolvenzen zu, die in ein geordnetes Verfahren überführt werden können (weniger als 40 Prozent wegen Masselosigkeit kein Insolvenzverfahren). Es bleibt zu hoffen, dass auch die geplanten Änderungen beim Privatinsolvenzverfahren die enormen Kosten, die durch diese Option für überschuldete Bürger zur Verfügung stehen, weniger teuer für die Allgemeinheit machen.

Für das Gesamtjahr 2005 ist mit etwa 38.000 Unternehmensinsolvenzen, 92.000 Insolvenzen von Privatpersonen und einem Gesamtinsolvenzaufkommen von 130.000 Fällen zu rechnen. Gegenüber den 118.260 Gesamtinsolvenzen des Jahres 2004 würde zum Jahresende eine weitere Insolvenzhöchstmarke erreicht. Positiv sind nur die Prognosen im Hinblick auf die (leichten) Rückgänge bei den Unternehmensinsolvenzen.

Die Gründungsbilanz im ersten Halbjahr 2005 sieht dürftiger als in den Vorjahren aus: Weniger Anmeldungen von Betrieben stehen deutlich mehr Abmeldungen gegenüber. Gut 464.200 Eintragungen erfolgten in den deutschen Gewerberegistern – ein Rückgang von 0,8 Prozent (1. Halbjahr 2004: 468.100). Deutlich zugelegt haben die Abmeldungen aus den Registern mit einem Plus von 9,0 Prozent (364.100; Vorjahr: 334.000). Der Saldo nahm im Zuge dieser Veränderungen gegenüber dem Vergleichszeitraum 1. Halbjahr 2004 um 25,4 Prozent von 134.100 auf 100.100 Eintragungen ab.

Diese Entwicklung könnte nicht zuletzt auf eine Abschwächung des Gründungsgeschehens bei den Ich-

AGs zurückgehen, für die seit November 2004 verschärfte Regeln gelten. Gründer müssen einen detaillierten Geschäftsplan vorlegen und diesen von einer Prüfstelle auf seine Tragfähigkeit hin bestätigen lassen.

Immerhin ist die Zahl der wirtschaftsaktiven Neugründungen nur geringfügig gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen: 64.000 Betriebe sind im ersten Halbjahr 2005 entstanden (Vorjahr: 68.000).

Damit konnte auch fast die Zahl der neu geschaffenen Arbeitsplätze vom Vorjahr erreicht werden: Fast 140.000 Beschäftigte fanden einen Arbeitsplatz bei einem neu gegründeten Unternehmen – im Vergleichszeitraum waren es rund 148.000.

Stadtstaaten an der Spitze

Bezogen auf die Zahl der bereits angesiedelten Unternehmen, geben die Handelsregisterneueintragungen von Betrieben einen Hinweis, wo regional die stärksten Gründungsaktivitäten stattfinden. An der Spitze liegen Hamburg (699 pro 10.000), Bremen (603) und Berlin (543), wenn es um die Zahl „relativer Neueintragungen“ geht.

Bei den absoluten Zahlen liegen die großen Flächenländer Nordrhein-Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg auf den vorderen Plätzen. So wurden in NRW mehr als 13.000 Unternehmen in den ersten sechs Monaten dieses Jahres ins Handelsregister eingetragen, in Bayern waren es mehr als 9.800 und in Baden-Württemberg über 6.000. Bemerkenswert ist die Entwicklung im bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen: Die Unternehmensinsolvenzen verzeichneten hier mit einem Rückgang von 11,2 Prozent (5.480 Unternehmensinsolvenzen; 1. Halbjahr 2004: 6.170) einen deutlich höheren Rückgang als der gesamtdeutsche Schnitt.

Verantwortlich für den Inhalt:

Creditreform Wirtschafts- und Konjunkturforschung

Leitung: Michael Bretz, Telefon: (02131) 109-171

Hellersbergstr. 12, D - 41460 Neuss

Alle Rechte vorbehalten

© 2005, Verband der Vereine Creditreform e.V.,
Hellersbergstr. 12, 41460 Neuss

Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verbandes der Vereine Creditreform e.V. ist es nicht gestattet, diese Untersuchung/Auswertung oder Teile davon in irgendeiner Weise zu vervielfältigen oder zu verbreiten. Lizenzausgaben sind nach Vereinbarung möglich. Ausgenommen ist die journalistische und wissenschaftliche Verbreitung.

Neuss, 28. Juni 2005